

## Nachgehakt: EnBW

Die Landesregierung muss sich im Fall des angeschlagenen Energiekonzerns EnBW entscheiden, ob sie Kapital erhöht oder nicht. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ist offen für neue Investoren. Auch wenn sie aus dem Ausland kommen. Die Stadtwerke sind davon weniger begeistert.

Von Uwe Roth

**Konnten die Stadtwerke von einer schwächer werdenden EnBW profitieren?**

Bisher nicht. Die Euphorie mancher Stadtwerke ist verfliegen. Trotz Energiewende werden sie dem Platzhirsch EnBW die Vormachtstellung im lokalen und regionalen Energiemarkt wohl nicht streitig machen können.

Über eine strategische Neuausrichtung der EnBW auf erneuerbare Energien und mögliche Wege aus ihrer Kapitalmisere wird zwar täglich spekuliert, doch die Meinung der Stadtwerke wird von der Politik selten eingeholt. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dem die meisten Stadtwerke im Land angehören, signalisiert der neuen Landesregierung Dauergesprächs-breitschaft – aber das schon seit mehr als einem halben Jahr und ohne bisher groß gehört worden zu sein.

Bei den Überlegungen der Landesregierung, fremde Investoren ins Boot zu holen, sieht der VKU-Landesverband seine Felle davonschwimmen. Eine Lösung müsse „einvernehmlich und ohne Zeitdruck“ gefunden werden, fordert der Vorsitzende und Geschäftsführer der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm, Matthias Berz. Viele Aspekte müssten abgewogen werden, sagt er. Ein wichtiger Aspekt ist aus VKU-Sicht der Beitrag der Stadtwerke zu der angemahnten einvernehmlichen Lösung. Die Beteiligung ausländischer Kapitalgeber, wie von Regierungschef Winfried Kretschmann ins Gespräch gebracht, hat für die Stadtwerke keine Priorität.

**Welche Rolle spielen die Stadtwerke bei der Energiewende?**

Die grün-rote Landesregierung be-

## KIT soll selbstständiger handeln können

STUTTGART/KARLSRUHE. Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) soll zukünftig eigenständiger handeln können. Dazu hat die Landesregierung an diesem Dienstag in Stuttgart einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Anhörung freigegeben. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) erklärte, dass das KIT künftig selbst der Arbeitgeber für seine Angestellten sei. Auch in finanziellen Angelegenheiten soll die größte Forschungs- und Lehr-einrichtung in Deutschland in „weitem Umfang selbst entscheiden können“, so Bauer.

Zusätzlich sollen die Rechte der Angehörigen und Beschäftigten gestärkt werden. Beispielsweise soll der Personalrat zukünftig bei der Besetzung des Aufsichtsrats mitbestimmen können, indem er der Findungskommission ein Mitglied vorschlägt.

Profitieren sollen auch die Studierenden am KIT: Ihre Mehrheit ist laut Gesetzentwurf bei der Bestätigung der Wahl des Vizepräsidenten für Lehre und akademische Angelegenheiten durch den KIT-Senat erforderlich. (II)

# Stadtwerke wollen eine „Lösung ohne Zeitdruck“



Mehr und mehr Energie soll im Land aus Windkraftanlagen kommen. Auch die EnBW soll sich dahingehend verändern. FOTO: DPA

### Esport GmbH ist ein erstes gemeinsames Konzept

Die jetzt von Stadtwerken und der EnBW gegründete Esport GmbH ist nicht der erste Versuch im Land, Kräfte bei der Energiebeschaffung zu bündeln. Die Südwestdeutsche Stromhandels GmbH in Tübingen hat einen Gas-Portfolio-Pool eingerichtet, über den sich zurzeit 50 Stadtwerke ihre Erdgas-Kontingente

besorgen. Für die Teilnehmer hat diese Art der Beschaffung den Vorteil, dass auch kleinere Mengen zu Großhandelspreisen erworben werden können. Die Beteiligung am Pool entlastet die Stadtwerke darin, eigene Kompetenzen aufzubauen. Das Geschäft erledigen die Experten in Tübingen.

tont stets die positive Rolle der kommunalen Versorger bei der Energiewende. Schließlich wurden die Stadtwerke lange genug als Gegenmodell zu den Konzernriesen im Energiemarkt aufgebaut.

Doch immer häufiger wird die Frage gestellt, was die kommunalen Versorger tatsächlich besser machen könnten als der im Energiegeschäft breit aufgestellte Karlsruher Konzern. Stadtwerke sind nah am Verbraucher, bestens mit der Kommunalpolitik verknüpft und können sich dank günstiger Kommunalkredite vergleichsweise leicht Kapital beschaffen. Doch ange-

sichts hoher Millionenbeträge, die die EnBW zu ihrer Sanierung benötigt, sind das, was die Stadtwerke gemeinsam zur Kapitalauffrischung anbieten könnten, Kleckerlesbeträge. Es käme keine Summe zusammen, die es ihnen erlauben würde, Einfluss auf die Unternehmensentwicklung der EnBW zu nehmen. Zudem erwarten die kommunalen Eigner, dass ihr Stadtwerk zuallererst in eigene Projekte vor Ort Kapital investiert – und nicht in fremde Beteiligungen.

Die Hoffnung, die EnBW könnte unter neuem politischem Druck auf Augenhöhe der Stadtwerke ge-

schrumpft werden, hat man beim VKU wohl aufgegeben. Die neue Parole aus der Landesregierung und den Regierungsfractionen ist nicht zu überhören: weg von der Konfrontation, hin zur Kooperation. Die Stadtwerke sollen nicht neue Geschäftsfelder aufbauen, sondern vorhandene Dienstleistungen der EnBW und ihr breites Wissen im Betreiben von Kraftwerken und in der Netznutzung in Anspruch nehmen, selbstverständlich gegen Rechnung. Vom Energiekonzern wird im Gegenzug unternehmerische Demut erwartet und weniger Arroganz gegenüber kleinen Versorgern.

**Gibt es bereits Anzeichen für ein neues Miteinander?**

Es ist zu beobachten, dass die EnBW ihre Fühler dorthin ausstreckt, wo in der Energiewende Basisarbeit geleistet wird. Laut Medienberichten verhandelt die EnBW in der Region Baden mit Kommunen und Stadtwerken über eine enge Partnerschaft bei zwei Ökoenergieprojekten. Im Raum Stuttgart hat sie im Oktober mit fünf Stadtwerken eine

Vereinbarung über eine gemeinsame Gasbeschaffung unterzeichnet, für die eigens eine Vertriebsgesellschaft, die Esport GmbH, gegründet wird (siehe Kasten). Das erstaunt Branchenkenner. Denn vor allem in der Region Stuttgart haben Kommunen wie Stuttgart oder Ludwigsburg der EnBW die rote Karte gezeigt und Partnerschaften ersatzlos gekündigt.

Die Stadtwerke Esslingen gehören zu denjenigen, die aus der Phalanx der Kritiker ausbrechen und die neue Nähe zur EnBW suchen. „Das Konzept von Esport hat überzeugt und weist den Weg in die Zukunft für die Stadtwerke in der Region“, heißt es in einer Stellungnahme aus Esslingen. Und im Sinn der Philosophie vom neuen Miteinander wird betont: „Durch die Kooperation der Stadtwerke und der EnBW erhoffen wir uns einen Mehrwert, da die EnBW ihr Know-how im Gasmarkt mit einbringt.“ Die Esslinger wollen für weitere Projekte die Beteiligung des Konkurrenten nicht ausschließen. Er sei sicherlich „ein möglicher Partner für die zukünftigen ökologischen Energieprojekte“.

## Wer bin ich?

### Hochzeit mit politischen Verbindungen

Im Familienkreis wurde ich liebevoll „Olly“ genannt. Mein Vater war Zar von Russland, und mit meiner Vermählung erhoffte sich mein Schwiegervater die Erneuerung der dynastischen und politischen Verbindung zwischen Württemberg und Russland. Als Königin habe ich mich vor allem sozialen Aufgaben gewidmet: Behinderten, Kriegsverwundeten und kranken Kindern. Noch heute sind einige Einrichtungen in Stuttgart nach mir benannt.

**Wer die Lösung weiß, kann den Bildband „Kulturgeschichte am Wegesrand“ gewinnen.** Schreiben Sie an: Staatsanzeiger, Redaktion Politik & Verwaltung, Postfach 10 43 63, 70 038 Stuttgart, oder senden Sie eine E-Mail an: politik@staatsanzeiger.de. Einsendeschluss ist der 18. November. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Lösung des August-Rätsels: Fritz Bauer. Gewinner: Thomas Mattes, Horb.

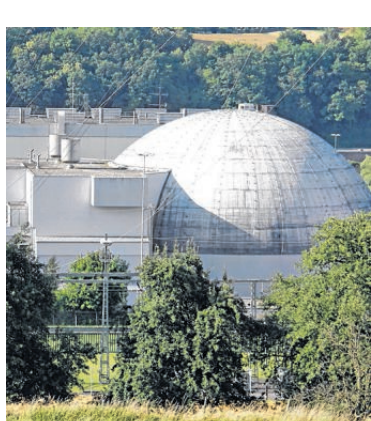
## Kurz notiert

### Ministerin: Land soll mehr Behinderte beschäftigen

STUTTGART. Das Land muss nach Ansicht von Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) mehr Behinderte einstellen. Das Wissenschaftsministerium blieb im Jahr 2010 mit knapp 3,7 Prozent sogar deutlich unter der gesetzlich geforderten Fünf-Prozent-Marke. Insgesamt erreichte die Landesverwaltung 2010 eine Quote von 5,21 Prozent, 0,02 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Über der Pflichtquote lagen das Sozialministerium mit fast 13 und das Finanzministerium mit mehr als acht Prozent. (lsw)

### Regierung beteiligt Bürger beim AKW-Rückbau

OBRIGHEIM. Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) hat den Bürgern in Umgebung des Atomkraftwerks Obrigheim eine erneute Bürgerbeteiligung versprochen, da der Meiler-Rückbau viele Fragen aufwerfe. „Diesem Informationsbedürfnis wollen wir Rechnung tragen, deshalb haben wir uns zu einer exemplarischen freiwilligen Bürgerbeteiligung entschlossen“, so Untersteller. Man wolle ausschließen, dass wichtige Fragen und Anregungen im Stilllegungs- und Rückbauprozess unberücksichtigt bleiben. (sta)



Der Meiler des Atomkraftwerks in Obrigheim soll abgebaut werden. FOTO: DPA

### Rust: Konjunkturprogramme vorbildlich umgesetzt

HEILBRONN. Durch Investitionsprogramme von Bund und Land fließen 340 Millionen Euro in rund 200 Bauprojekte. Staatssekretär Ingo Rust sprach am Donnerstag in Heilbronn von einem vollen Erfolg. Es handle sich um Investitionen, die in allen Landesteilen Verbesserungen bei der Behördenunterbringung und den Hochschulen bringen. Projekte wie die energetische Gebäudesanierung verbänden Klimafreundlichkeit und Einsparpotenziale und sorgten für Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und im Handwerk. (sta)



## Aus dem Landtag

### Guido Wolf ist neuer Landtagspräsident

Guido Wolf ist neuer Landtagspräsident in Baden-Württemberg. Zwei Wochen nach dem Rücktritt von Willi Stächele (beide CDU) wurde Wolf zu dessen Nachfolger gewählt. Der 50-Jährige erhielt 109 von 134 Stimmen. Damit stimmten auch zahlreiche Abgeordnete der grün-roten Koalition für Wolf. 13 Parlamentarier stimmten mit Nein, acht enthielten sich und vier wählten jemand anderen. Wolf war der einzige Kandidat für das protokollarisch zweithöchste Amt im Land. In seiner Antrittsrede distanzierte er sich von der Vorgehensweise der Vorgängerregierung beim Kauf von Anteilen des Energiekonzerns EnBW. Ein solcher Verfassungsbruch dürfe sich nicht wiederholen, betonte Wolf. (lsw)

### Landesregierung gegen die Steuerpläne des Bundes

Die Landesregierung lehnt die Steuersenkungspläne des Bundes strikt ab. „Steuersenkungen auf Pump sind Unsinn. Schwarz-Gelb leistet dem gesunden Menschen-



Der CDU-Politiker Guido Wolf leitete als neuer Landtagspräsident an diesem Mittwoch seine erste Sitzung. FOTO: DPA

verstand Widerstand“, sagte Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD). Gerade in Zeiten der Finanzkrise sei eine „solide Haushaltspolitik“ wichtig. Er lehnte Taschenspielertricks der Bundesregierung ab, die sieben Milliarden Euro kosten würden. Dem Land gingen dadurch 530 Millionen Euro pro Jahr flöten; dies werde man nicht zulassen, um die Nullverschuldung des Landes nicht zu gefährden. Joachim Kößler (CDU) betonte, es gehe bei den Plänen nicht um Steuersenkung, sondern um Steuergerechtigkeit. Allein in den Jahren 1994 bis 2007 habe der Staat

34 Milliarden Euro durch die kalte Progression eingenommen. Deshalb müsse die kalte Progression beseitigt werden, damit Geringverdienern nicht weiter das „Geld aus der Tasche gezogen wird“. Bei Vielen würde sich zwei Prozent mehr Gehalt in 8,4 Prozent mehr Steuern auswirken. (wg)

### Grunderwerbsteuer steigt auf fünf Prozent

Grundstück- und Immobilienkäufer werden in Baden-Württemberg künftig stärker zur Kasse gebeten. Die Grunderwerbsteuer wird um

1,5 Punkte auf fünf Prozent angehoben. Die Landesregierung, die ihren Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit 71 Stimmen durchsetzte, will die Mehreinnahmen nicht im Staatshaushalt versickern lassen. Rot-Grün werde einen Pakt mit den Städten und Gemeinden schließen und die Mittel über den kommunalen Finanzausgleich abgeben. Von einem traurigen Tag für das Land der Häuslebauer sprach hingegen Tobias Wald (CDU), der die Landesregierung auch wegen ihrer Vorgehensweise kritisierte: „Noch nie hat eine Landesregierung ohne Stichtag und ohne Anhörung von Verbänden ein Gesetz durchgesetzt.“ Wann die Erhöhung der Grunderwerbsteuer tatsächlich in Kraft tritt, ist noch unklar. Als mögliches Datum wird der 4. November 2011 genannt. „Sie zerstören Lebensträume“, warf Wald der Regierung vor. Die CDU lehne die Steuererhöhung ab. (wg)

#### MEHR ZUM THEMA

Weitere Berichte aus dem Landtag: [www.staatsanzeiger.de/politik-und-verwaltung/nachrichten/debatten-im-landtag](http://www.staatsanzeiger.de/politik-und-verwaltung/nachrichten/debatten-im-landtag)